

Sinkende Schülerzahlen geben Raum für qualitative Verbesserungen .....	217
Beschäftigung geht verstärkt zurück .....	223

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 17 / 82

Berlin

29. April 1982

49. Jahrgang

*Stajlin*

### Sinkende Schülerzahlen geben Raum für qualitative Verbesserungen

In den Schulen<sup>1</sup> in der Bundesrepublik Deutschland befanden sich 1960 insgesamt 8,6 Millionen und 1980 fast 11,8 Millionen Schüler. Allerdings war die Zunahme in diesen 20 Jahren nicht stetig. Ihr Maximum erreichte die Schülerzahl im Jahre 1975 mit über 12,3 Millionen. Danach ging sie zurück; nach vorliegenden Vorausberechnungen wird sie ihr Minimum mit 8,2 Millionen im Jahre 1991 erreichen und dabei das Niveau von 1960 geringfügig unterschreiten. Danach ist wieder mit einem Anstieg zu rechnen.

In der jährlichen Veränderung der Schülerzahl spiegeln sich die Bevölkerungsentwicklung, im wesentlichen die Veränderung der Geburtenzahl, aber auch Wanderungsbewegungen wider. Es wirken ferner Faktoren der Bildungsbeteiligung, beispielsweise die Verlängerung der Schulzeit und der verstärkte Übergang zu weiterführenden Schulen.

In diesem Bericht werden die Entwicklung der Wohnbevölkerung im Schulalter seit 1970 und die Veränderungen der Schülerzahlen untersucht sowie ihre Auswirkungen auf das Schulsystem dargestellt. Besonders eingegangen wird auf den Lehrerbestand und die Zahl der Schüler je Lehrer.

Verwendet werden die Daten der amtlichen Statistik<sup>2</sup>. Die Vorausberechnungen der Zahl der Schüler stützen sich auf die Prognose des Sekretariats der Kultusministerkonferenz bis zum Jahre 1995<sup>3</sup>, während für die Schüler-Lehrer-Relation Angaben der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung

und Forschungsförderung bis zum Jahre 1990 herangezogen werden<sup>4</sup>. Die Bevölkerungsfortschreibung basiert auf der Grundvariante der Simulationsrechnung zur Bevölkerungsentwicklung des DIW<sup>5</sup>.

Die statistischen Informationen und Vorausberechnungen der verschiedenen Institutionen müssen, da die Abgrenzungen unterschiedlich sind, für die Analyse in eine vergleichbare Form gebracht werden. Die Schüler im Primarbereich, im Sekundarbereich 1 und Sekundarbereich 2 werden den Altersgruppen wie folgt zugeordnet: Primarbereich 6 bis unter 10 Jahre, Sekundarbereich 1 10 bis unter

<sup>1</sup> Zu den Schulen zählen neben den Einrichtungen der drei Bildungsbereiche (Primarbereich, Sekundarbereich 1 und Sekundarbereich 2) die Schulen für Behinderte, die Abendschulen und Kollegs sowie die Fachschulen. Zwischen den Bestands- und den Prognosezahlen besteht ein Unterschied bei der Abgrenzung der Fachschulen, der bei den Prognosewerten berücksichtigt wurde.

<sup>2</sup> Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten, mehrere Jahrgänge, Bonn 1978 bis 1981; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeines Schulwesen 1980, Fachserie 11, Reihe 1, Wiesbaden 1981; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildung im Zahlenspiegel 1981, Wiesbaden 1981.

<sup>3</sup> Kultusministerkonferenz (Hrsg.): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1979 bis 1995, Dokumentation Nr. 71, Bonn 1982.

<sup>4</sup> Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.): Fortschreibung des Bildungsgesamtplans, Dokument K 15/81, Stand Dezember 1981.

<sup>5</sup> Vgl. Simulationsrechnung zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für Deutsche und Ausländer bis zum Jahre 2030. Bearb.: H. Birg. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 24/1981.

16 Jahre und Sekundarbereich 2 16 bis unter 19 Jahre<sup>6</sup>. Eine exakte jährliche Gliederung der Schüler im Primarbereich sowie in den Sekundarstufen 1 und 2 nach den Altersgruppen der Wohnbevölkerung ist indes nicht möglich. Insbesondere im Sekundarbereich 2 ist die gewählte Zuordnung unscharf.

### Fluktuation der Schülerzahlen bei steigender Bildungsbeteiligung

Die Wohnbevölkerung, Deutsche und Ausländer, im Schulalter von 6 bis unter 19 Jahren betrug 1960 rund 9,7 Millionen Personen, stieg bis 1975 auf etwas über 12,7 Millionen und verringerte sich bis 1980 auf geringfügig über 12 Millionen Kinder und Jugendliche. Nach der Grundvariante des DIW zur Bevölkerungsentwicklung<sup>7</sup> wird sich diese Gruppe von Personen bis zum Jahresanfang 1992 auf knapp 8 Millionen verkleinern und bis zur Jahrtausendwende wieder auf etwa 8,5 Millionen steigen. Zwischen dem Maximum (1976) und dem Minimum (1992) der Wohnbevölkerung im Schulalter liegen 16 Jahre, gemessen am Maximum beträgt der Rückgang fast 40 vH. Der Anteil der deutschen Bevölkerung wird im Trend weiter abnehmen. Das Gewicht der ausländischen Wohnbevölkerung dieser Altersgruppe wird von 920 000 Personen am Jahresanfang 1980 auf reichlich 1,2 Millionen Anfang des Jahres 1990 steigen. Im Verlauf der 90er Jahre bleibt unter den Annahmen der Simulationsrechnung die Zahl ausländischer Kinder und Jugendlicher etwa konstant.

Um die Entwicklung der Bildungsbeteiligung in den einzelnen Altersgruppen der Schüler berechnen zu können, müssen Schulbereiche, in denen überwiegend Erwachsene lernen, ausgegliedert werden. Dabei handelt es sich um die Abendschulen sowie die Kollegs und die Fachschulen<sup>8</sup>. Die so errechnete Schülerzahl wird, nach Bildungsbereichen gegliedert, den ausgewählten Altersgruppen der Wohnbevölkerung gegenübergestellt. Über alle Jahre wird der langfristige Trend eines Anstiegs der Bildungsbeteiligung deutlich, der sich in der Zunahme des Anteils der Schülerpopulation an der Summe der korrespondierenden Jahrgänge der Bevölkerung zeigt. Sie lag 1970 bei 94,2 vH, 1975 bei 95 vH, 1980 bei 95,9 vH, und im Prognosezeitraum steigt sie über 96,2 vH im Jahre 1985 auf 98,0 vH.

Vergleicht man im Zeitraum 1975 bis 1980 die Schülerzahlen mit den entsprechenden Altersgruppen der Bevölkerung, so beträgt die Differenz im Primarbereich 3 bis 4 vH. Im Sekundarbereich 1 lag die Schülerzahl 1975 um 13 vH unter der Bevölkerungszahl der 10 bis unter 16jährigen. Die Schwankungen von Jahr zu Jahr sind hier größer als im Pri-

marbereich, heben sich aber bei der Zusammenfassung beider Bereiche zum größten Teil auf und verdeutlichen, daß die Bildungsbeteiligung bei einer Quote von ungefähr 91 vH lag. In der Sekundarstufe 2 sind die Ergebnisse weniger plausibel. Die Differenz zwischen Bevölkerung und Schülerpopulation stieg zunächst von 5 auf 8 vH und fiel dann 1979 und 1980 auf 0,5 vH. In dieser rechnerisch hohen Bildungsbeteiligung von 99,5 vH wird das bereits erwähnte Problem der Abgrenzung deutlich.

In der Vergangenheit ergab sich die sukzessive Erhöhung der Schülerquoten über alle Jahrgänge und über alle entsprechenden Jahrgänge der Wohnbevölkerung im wesentlichen durch eine Verlängerung der Schulbesuchsdauer. Zu nennen sind hier die verbindliche Einführung des 9. Schuljahres für alle Jugendlichen und die zunehmenden Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen. Inzwischen werden in einzelnen Bundesländern bereits das 10. Vollzeitschuljahr und die berufliche Vollzeitschule ausgebaut.

Sowohl der häufigere Übergang zu den weiterführenden Schulen als auch eine Verlängerung der Vollzeitschulzeit führen die Schülerpopulationen der Sekundarbereiche 1 und 2 an die vergleichbaren Altersgruppen der Bevölkerung immer nur heran; rechnerisch übertroffen wird die Bevölkerungsgruppe von der Schülerzahl, wenn sich Schüler anderer Jahrgänge im Bildungsbereich befinden. Die Schülerzahl des Sekundarbereichs 2 im Jahre 1995, die mit 69 000 Schülern die vergleichbare Bevölkerungszahl um 3,7 vH überschreitet, ist nur der sichtbare Indikator für eine Entwicklung, die bereits in der Vergangenheit einsetzte. Beispiels-

<sup>6</sup> Nach den Bildungsbereichen werden die Schulen folgendermaßen aufgeteilt: Zum Primarbereich gehören die Grundschulen und entsprechende Teile der Gesamtschulen, zum Sekundarbereich 1 die Haupt- und die Realschulen sowie die Mittelstufen der Gymnasien und Gesamtschulen und zum Sekundarbereich 2 die Oberstufen der Gymnasien und Gesamtschulen sowie die beruflichen Schulen in der Form von Vollzeit- und Teilzeiteinrichtungen.

<sup>7</sup> Die Grundvariante geht bei der deutschen Wohnbevölkerung von den folgenden Annahmen aus: Konstanz der Nettoerproduktionsrate (0,628) bei generationsspezifischer Änderung der Geburtenziffern bis 1990, Verringerung der Sterbeziffern für die Gesamtbevölkerung von 1977 bis 1979 in 20 Jahren bei allen Altersjahren um 15 vH, Wanderungsüberschuß von 30 000 Personen. Für die ausländische Wohnbevölkerung wird unterstellt: Rückgang der Nettoerproduktionsrate von 0,941 im Jahre 1979 auf 0,862 im Jahre 1990 bei generationsspezifischer Änderung der Geburtenziffern bis 1990, Konstanz der Sterbeziffern für die ausländische Bevölkerung vom Jahre 1979, positiver Wanderungssaldo von 50 000 Personen.

<sup>8</sup> In den Fachschulen sowie in den Abendschulen und den Kollegs befindet sich eine kleine Gruppe von Personen, die jünger als 19 Jahre ist. Sie wird auf etwa 30 000 Personen geschätzt.

Vergleich der Wohnbevölkerung<sup>1)</sup> nach Altersgruppen und der Schüler<sup>2)</sup>  
nach Bildungsbereichen

in 1000

Bevölkerung Schüler	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1985	1990	1995
6 bis unter 10jährige Primarbereich	4026 3927	3886 3749	3649 3524	3413 3275	3143 3005	2876 2778	2380 2342	2495 2443	2650 2592
Differenz in vH	2,5	3,5	3,4	4,0	4,4	3,4	1,6	2,1	2,2
10 bis unter 16jährige Sekundarbereich 1	6010 5231	6097 5412	6163 5504	6173 5507	6151 5435	6041 5298	4465 3916	3660 3309	3803 3442
Differenz in vH	13,0	11,2	10,7	10,8	11,6	12,3	12,3	9,6	9,5
6 bis unter 16jährige Primar- u. Sekundarber. 1 in vH	10036 9158 91,3	9983 9161 91,8	9812 9028 92,0	9586 8782 91,6	9294 8440 90,9	8917 8076 90,6	6845 6258 91,4	6155 5752 93,5	6453 6034 93,5
16 bis unter 19jährige Sekundarbereich 2	2670 2526	2740 2519	2823 2605	2927 2773	3000 2986	3096 3085	3078 3006	2170 2130	1856 1925
Differenz in vH	5,4	8,1	7,7	5,3	0,5	0,5	2,3	1,8	-3,7
6 bis unter 19jährige Primar- u. Sekundarbereich in vH	12706 11684 92,0	12723 11680 91,8	12635 11633 92,1	12513 11556 92,4	12294 11426 92,9	12013 11161 92,9	9923 9264 93,4	8325 7882 94,7	8309 7959 95,8
nachrichtlich:									
vergleichbare Schüler <sup>3)</sup> in vH	12071 95,0	12078 94,9	12032 95,2	11944 95,5	11797 95,9	11515 95,9	9541 96,2	8145 97,8	8235 98,0
Schüler insgesamt <sup>4)</sup>	12320	12301	12239	12153	12016	11746	9783	8384	8450

1) Bevölkerung am Jahresanfang; Prognosewerte nach der modifizierten DIW-Grundvariante der Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung.- 2) Vgl. für die Prognosewerte : Kultusministerkonferenz (Hrsg.) : Dokumentation Nr. 71.- 3) Primar- und Sekundarbereich einschließlich behinderte Schüler, die den einzelnen Bereichen nicht zugeordnet werden.- 4) Einschließlich - meist älterer - Schüler an Fachschulen, Abendschulen und Kollegs.

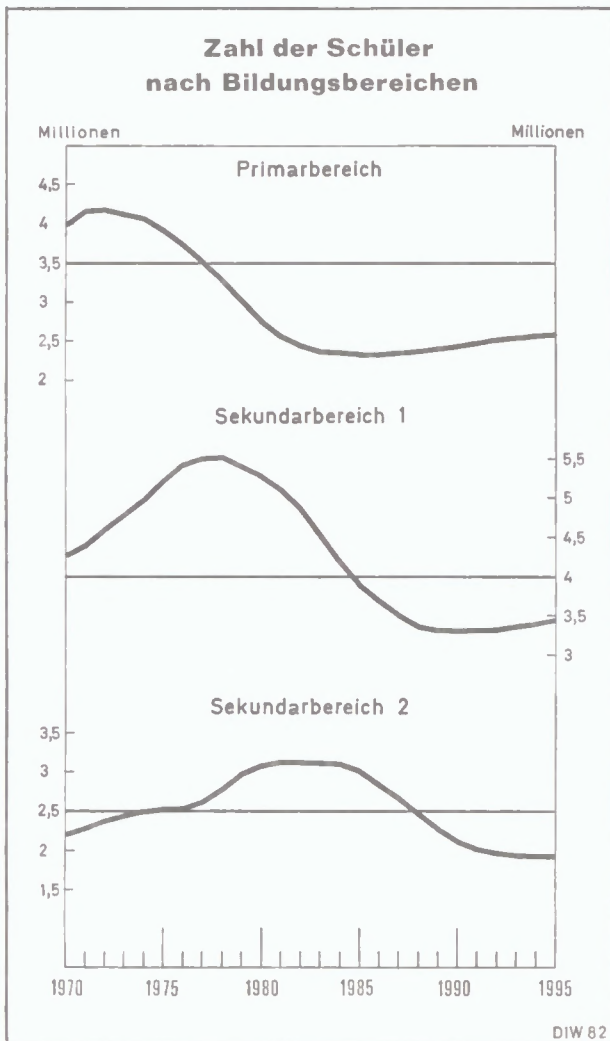
Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Kultusministerkonferenz, Berechnungen des DIW.

weise befanden sich im Jahre 1980 bereits mehr als 650 000 19jährige und ältere Personen in den allgemeinbildenden und den beruflichen Schulen des Sekundarbereichs 2, darunter mehr als 400 000 in der beruflichen Teilzeitausbildung, über 100 000 in den Gymnasien, über 60 000 in den Fachoberschulen und Fachgymnasien und ungefähr 50 000 in den Berufsfachschulen<sup>9)</sup>. Diese Bildungsbeteiligung der älteren Jahrgänge signalisiert eine längere Verweildauer im Bildungssystem, die einerseits durch eine Verlängerung der Schulzeit bedingt ist, beispielsweise bei den Gymnasien und teilweise bei der Teilzeitberufsausbildung, andererseits Wege der Weiterbildung und Umorientierung verdeutlicht. So bilden sich Absolventen einer beruflichen Erstausbildung oder Personen ohne Berufsausbildung in Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen oder Fachgymnasien weiter, während Abiturienten oder Absolventen der Gymnasien ohne Abschluß noch eine Ausbildung im Dualen System nachholen und damit Einrichtungen im Sekundarbereich 2 zweimal durchlaufen. Wie sich der Anteil der Schüler über 19 Jahre bis 1995 entwickeln wird, kann schwer

abgeschätzt werden; er hängt auch von bildungspolitischen Entscheidungen ab, beispielsweise davon, ob die entsprechenden Institutionen der Aus- und Weiterbildung ausgebaut werden.

Der Schülerprognose der Kultusministerkonferenz liegt zentral ein Modell der Übergangs-, Erfolgs- und Strukturquoten zugrunde, in das für die zukünftigen Jahrgänge eine Projektion der Bevölkerung eingespeist wurde. Die länderspezifischen Berechnungen zur Bevölkerungsentwicklung, die der Schülerprognose vorgegeben sind, wurden nicht veröffentlicht. Deshalb wird zur Beurteilung hilfsweise die DIW-Projektion herangezogen mit der zwangsläufigen Einschränkung, daß mögliche Abweichungen bei den Bevölkerungsdaten, die sich dann auch in den Schülerquoten niederschlagen, nicht quantifiziert werden können. Abweichend von der Grundvariante der Bevölkerungsentwicklung sind aufgrund

<sup>9)</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildung im Zahlenspiegel 1982, Wiesbaden 1982 (in Vorbereitung), Manuskripttabellen, S. 28 f.



der aktuellen Daten die Geburten etwas höher angesetzt worden.

Bei der nach Bildungsbereichen differenzierten Analyse der Schülerzahlen werden die durch die Entwicklung der Bevölkerung induzierten Veränderungen deutlich: Bevölkerungs- und Schülerzahl folgen einer ausgeprägten Wellenbewegung. Die Maxima und die Minima sind dabei weitgehend synchron, jedoch ist im Bildungsbereich die Amplitude im allgemeinen kleiner als bei der Bevölkerung. Im Primarbereich, im Sekundarbereich 1 und im Sekundarbereich 2 liegen die Maxima in den Jahren 1972, 1978 und 1981, die Minima folgen 1985, 1990 und 1995<sup>10</sup>. Die graphische Abbildung der Entwicklung der Schüler nach Bildungsbereichen verdeutlicht, wie sich der „Schülerberg“ vom Primarbereich über den Sekundarbereich 1 zum Sekundarbereich 2 verlagert. Damit ist der Prozeß natürlich nicht abgeschlossen; er setzt sich fort an den Hochschulen, im Erwerbssystem und schließlich bei der Alterssicherung.

### Gesamtzahl der Lehrer am Wendepunkt?

Im Jahr der maximalen Schülerzahl, 1975, waren im Primar- und Sekundarbereich 452 000 Vollzeitlehrer bzw. in Vollzeit „umgerechnete“ Teilzeitlehrer tätig<sup>11</sup>. Im Gesamtdurchschnitt entfiel auf 26 Schüler ein Lehrer, im Primarbereich waren es 31, in den Oberstufen der Gymnasien (allgemeinbildende Schulen des Sekundarbereichs 2) nur 14. Nicht unmittelbar vergleichbar ist die Schüler-Lehrer-Quote von 37:1 an den Berufsschulen. Hier dominiert die Teilzeitschule, so daß die Zahl der rechnerisch auf einen Lehrer entfallenden Schüler zwei- bis dreimal so groß ist wie an den allgemeinbildenden Schulen.

Von 1975 bis 1980 nahm die Gesamtzahl der Lehrer relativ kontinuierlich um insgesamt 60 000 zu, die Zahl der Schüler aber um 520 000 ab. Die Schüler-Lehrer-Quote verbesserte sich durchweg, nur unbedeutend allerdings – von 14 auf 13 – an den allgemeinbildenden Schulen des Sekundarbereichs 2, deren Schülerbestand in den betrachteten fünf Jahren um ein Drittel zunahm. Im Primarbereich nahm die Zahl der Lehrer zwar ab, doch nicht annähernd im Ausmaß der Schülerfluktuation (Rückgang um fast 30 vH in fünf Jahren). Dadurch verbesserte sich die Schüler-Lehrer-Quote ganz erheblich, nämlich von 31 auf 24. Rückblickend ist also festzuhalten, daß der drastische Schülerrückgang in der ersten Bildungsphase (Primarbereich) als Chance für qualitative Verbesserungen durchaus genutzt worden ist. Wie aber stehen die Chancen, wenn sich die Schülerreduktion verlagert, bis 1985 vor allem zum Sekundarbereich 1 und dann mit Schwerpunkt zum Sekundarbereich 2?

Nach der Projektion der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung setzt sich die für den Zeitraum 1975 bis 1980 skizzierte Entwicklung nur abgeschwächt fort. Ein neuer Akzent wird allerdings bei den Berufsschulen gesetzt mit kräftig steigenden Lehrerzahlen bis 1985 und erheblich sinkenden Schülerzahlen je Lehrer bis 1990. Offensichtlich soll die wöchentliche Schulzeit der Lehrlinge verlängert bzw. die schon lange als Norm gesetzte Schulzeit realisiert und das Unterrichtsangebot bei den Vollzeitberufsschulen vergrößert werden.

Im Sekundarbereich 1 verbessert sich zwar nach der Projektion bis 1985 die Schüler-Lehrer-Relation

<sup>10</sup> Endjahr der KMK-Schülerprognose ist 1995. Theoretisch ist ein später folgendes Minimum denkbar.

<sup>11</sup> Bei den Vollzeitlehrern handelt es sich um einen fiktiven Lehrerbestand, der mit Hilfe der Regelstundenzeit ermittelt wird. Die von Teilzeitlehrern erteilten Unterrichtsstunden und die von Vollzeitlehrern über die normale Pflichtstundenzahl geleisteten Überstunden werden addiert und die Summe durch die geltende Regelstundenzahl dividiert.

**Schüler, Lehrer und Schüler-Lehrer-Quote nach Bildungsbereichen<sup>1)</sup>**

Jahre	Primarbereich	Sekundarbereich 1	Sekundarbereich 2			Primar- und Sekundarbereich
			insgesamt	allgemeinbild. Schule	berufliche Schule	
- Schüler <sup>2)</sup> in 1000 -						
1970	3977	4296	2222	317	1904	10495
1975	3927	5231	2526	476	2050	11684
1976	3749	5412	2519	466	2053	11680
1977	3524	5504	2605	477	2128	11633
1978	3275	5507	2773	507	2266	11556
1979	3005	5435	2986	582	2404	11426
1980	2778	5298	3085	632	2451	11161
1985	2342	3916	3006	705	2306	9264
1990	2443	3309	2130	497	1638	7882
1995	2592	3442	1925	436	1493	7959
- Lehrer <sup>3)</sup> in 1000 -						
1970	109	185	68	27	41	362
1975	127	235	90	34	56	452
1976	125	250	94	35	59	468
1977	123	259	99	36	63	480
1978	120	265	105	38	67	490
1979	119	267	114	44	70	500
1980	118	270	124	49	75	512
1985	120	234	153	56	97	507
1990	144	213	132	41	91	489
1995	152	222	128	40	88	502
- Schüler je Lehrer -						
1970	36,5	23,2	32,7	11,8	46,4	29,0
1975	30,9	22,3	28,1	14,0	36,6	25,8
1976	30,0	21,7	26,8	13,3	34,8	25,0
1977	28,7	21,3	26,3	13,3	33,8	24,2
1978	27,3	20,8	26,4	13,3	33,8	23,6
1979	25,3	20,4	26,2	13,2	34,3	22,9
1980	23,5	19,6	24,9	12,9	32,7	21,8
1985	19,5	16,5	19,4	12,5	23,8	18,3
1990	17,0	15,5	16,1	12,1	18,0	16,1
1995	17,0	15,5	15,0	11,0	17,0	15,9

1) Ohne Schulen für Behinderte, Fachschulen, Abend-  
schulen und Kollegs.- 2) Bis zum Jahre 1979 Bestands-  
daten aus: Bundesminister für Bildung und Wissen-  
schaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1981/82; vom  
Jahre 1980 an Prognosedaten aus: Kultusministerkonfe-  
renz (Hrsg.): Dokumentation Nr. 71. Die Prognosewerte  
für 1980 wurden den Bestandsdaten angepaßt.-

3) Vollzeitlehrer und in Vollzeitlehrer umgerechnete  
Teilzeitlehrer. Bis zum Jahre 1979 Bestandsdaten aus:  
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.):  
Grund- und Strukturdaten 1981/82; vom Jahre 1980 an  
unter Berücksichtigung der Prognosewerte aus: Bund-  
länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungs-  
förderung (Hrsg.): Fortschreibung des Bildungsgesamt-  
plans, Dokument K 15/81, Stand Dezember 1981.

Quellen: Berechnungen des DIW.

führt – bei konstanter Klassenfrequenz – der Rückgang der Zahl der Schüler im Sekundarbereich 1 von 1980 bis 1990 dazu, daß 100 000 Lehrerstellen (fast 40 vH des gegenwärtigen Bestands) überzählig werden. Von diesem „Ausfall“ wird jedoch in der Projektion reichlich die Hälfte über sinkende Klassenfrequenzen nicht wirksam.

Nahezu unbedeutende Veränderungen der Schüler-Lehrer-Relation sind für die Oberstufen der Gymnasien geplant. Dies führt bis 1985 infolge der Schülerentwicklung zu einer deutlichen Zunahme der Lehrerstellen, danach aber zu einem drastischen Rückgang. Für das Kurssystem der Sekundarstufe 2 ist allerdings zu bezweifeln, daß von 1985 an das Angebot an Unterrichtsstunden ebenso zu verringern sein wird, wie dann die Schülerzahlen abnehmen. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß die einzelnen Kurse schwächer besetzt sind und relativ mehr Lehrkräfte benötigt werden.

Im Primarbereich wird für 1990 die Relation von 17 Schülern je Lehrer anvisiert, rund die Hälfte im Vergleich zur Situation 1970. Im Sekundarbereich 1 bedeutet die Planzahl von 15,5 Schülern je Lehrer eine Reduktion der Zahl der Lehrer um ein Drittel innerhalb von 20 Jahren. An den allgemeinbildenden Schulen des Sekundarbereichs 2 dagegen sind die Veränderungen gering, so daß zusammenfassend die Angleichung der Schüler-Lehrer-Relation in allen Bildungsbereichen an das schon früh erreichte Niveau der Oberstufen der Gymnasien als Projektionsziel dominiert. In den Jahren 1970 bis 1980 führte diese Angleichung – bei zunächst noch steigenden und seit 1976 langsam abnehmenden Schülerzahlen – zu einem Zuwachs an Lehrern um reichlich 40 vH. Künftig aber nehmen die Schülerzahlen rapide ab und lassen als Obergrenze allenfalls zu, den Bestand an Lehrern konstant zu halten. In der Projektion der Bund-Länder-Kommission wird dieses Ziel nicht erreicht; die relative Zunahme der Zahl der Lehrer in bezug auf den Schülerbestand genügt nicht, um absolut den Bestand an Lehrern zu halten.

**Wertung der Ergebnisse**

Die Altersstruktur der hauptberuflich tätigen Lehrer war im Jahre 1979 folgendermaßen gekennzeichnet: Im Primarbereich, im Sekundarbereich 1 und im allgemeinbildenden Zweig des Sekundarbereichs 2 waren 64,3 vH jünger als 40 Jahre und 13,9 vH im Alter von 50 Jahren und darüber; in den beruflichen Schulen des Sekundarbereichs 2 waren 50,5 vH jünger als 40 Jahre und 18,5 vH 50 Jahre alt und älter. Bis zum Jahre 1995, dem Zieljahr der vorgelegten Berechnungen, werden bei diesem Altersauf-

im bisherigen Ausmaß, doch vergleichsweise sehr viel weniger als zuvor im Primarbereich in der Phase sehr stark rückläufiger Schülerzahlen. Es ist also nur bedingt geplant, den Rückgang der Lehrerzahl in diesem Bereich abzufangen. Rechnerisch

bau nur etwa 80 000 Personen aus dem Schuldienst ausscheiden. Selbst bei Neueinstellungen im gleichen Umfang werden 1995 nicht mehr rund 38 vH (1979), sondern 85 vH der Lehrer 40 Jahre und älter sein. Dieser Prozeß der Überalterung, der wiederum als „Welle“ einer vorangegangenen Verjüngung folgt, ist nicht zu vermeiden, sollte aber soweit als möglich abgemildert werden.

Nach Ergebnissen des Mikrozensus sind in dem Alter von 40 bis 65 Jahren doppelt so viele Menschen krank wie im Alter von 15 bis 40. Bezogen auf die sich ändernde Altersstruktur der Lehrer kann dies 1995 bedeuten, daß die Überalterung zu einem krankheitsbedingten Zusatzbedarf von bis zu 5 vH führt.

Ein relativer Mehrbedarf an Lehrern wird sich ferner daraus ergeben, daß die Zahl der Schüler von 1980 bis 1990 um rund 30 vH abnimmt. Es ist z. B. nahezu unmöglich, die Zahl der Schulen um 30 vH zu reduzieren und auf diese Weise die Klassenfrequenzen konstant zu halten. Mit einem Gefälle von Stadt zu Land werden vielmehr die Klassen und Kurse schwächer besetzt sein. Bereits in der Vergangenheit zeigten sich Zusammenhänge dieser Art. Die Klassenstärken und damit die Quoten Schüler je Lehrer nahmen dort am stärksten ab, wo der Schülerrückgang am ausgeprägtesten war (Primarbereich). In der Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen erhöhten sich dagegen mit zunehmenden Schülerzahlen zunächst auch die Schüler-Lehrer-Quoten (1970 bis 1975).

Diese Zusammenhänge lassen sich allerdings weder für die Vergangenheit noch für den Prognosezeitraum exakt quantifizieren. Die rechnerische Abnahme der Schüler-Lehrer-Quoten in der Prognose der Bund-Länder-Kommission dürfte aber zu einem erheblichen Teil auf diese strukturell bedingten Anpassungsschwierigkeiten zurückgehen. Damit verbundene qualitative Verbesserungen stehen außer Frage, insbesondere geringere Klassenstärken. Sie

ergeben sich aber mehr zwangsläufig als bewußt geplant.

Vergleicht man den Schülerrückgang in korrespondierenden Zeitabschnitten, so war die Abnahme um rund 30 vH im Primarbereich (1975 bis 1980) von einer Reduzierung der Lehrerschaft nur um rund 7 vH begleitet; für den Sekundarbereich 1 wird dagegen ein Rückgang um rund 15 vH (1980 bis 1985), im Sekundarbereich 2 sogar um mehr als 25 vH (1985 bis 1990) veranschlagt. Dieser formale Vergleich verdeutlicht, daß der „zwangsläufige“ Mehrbedarf bei so drastischer Abnahme der Schülerzahl in den Sekundarbereichen vermutlich zu niedrig angesetzt worden ist.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß geringe Neuzugänge an Lehrern den Innovationsspielraum an den Schulen erheblich einengen. Bezieht man das künftige Angebot an potentiellen neuen Lehrern ein — die Studentenzahlen werden bis Ende der 80er Jahre sehr hoch bleiben —, so drängt sich auf, wenigstens über eine Quotenregelung zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Hierfür spricht auch, daß die Schulversorgung auf dem Lande nicht noch wohnortferner geregelt werden sollte; die Negativwirkungen sind bereits gegenwärtig beträchtlich (Schülertransporte über lange Wege mit Wartezeiten und hohen Kosten, Trennung von Schule und Lebenswelt). Hingewiesen sei schließlich auf die mangelhafte schulische Versorgung der Ausländer. Ihre Integration — bei noch steigenden Schülerzahlen — bedeutet wohl unausweichlich einen Mehrbedarf an Lehrkräften.

Zusammenfassend muß dringend davor gewarnt werden, den projizierten weiteren Rückgang der Schüler-Lehrer-Quoten uneingeschränkt mit qualitativen Verbesserungen gleichzusetzen. Die Planungen der Bund-Länder-Kommission stecken einen Rahmen ab, der an mancher Stelle vermutlich eher vom Finanzierungsspielraum als vom Bedarf her umrissen worden ist.

## Beschäftigung geht verstärkt zurück

### Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1981

#### Arbeitsmarkt

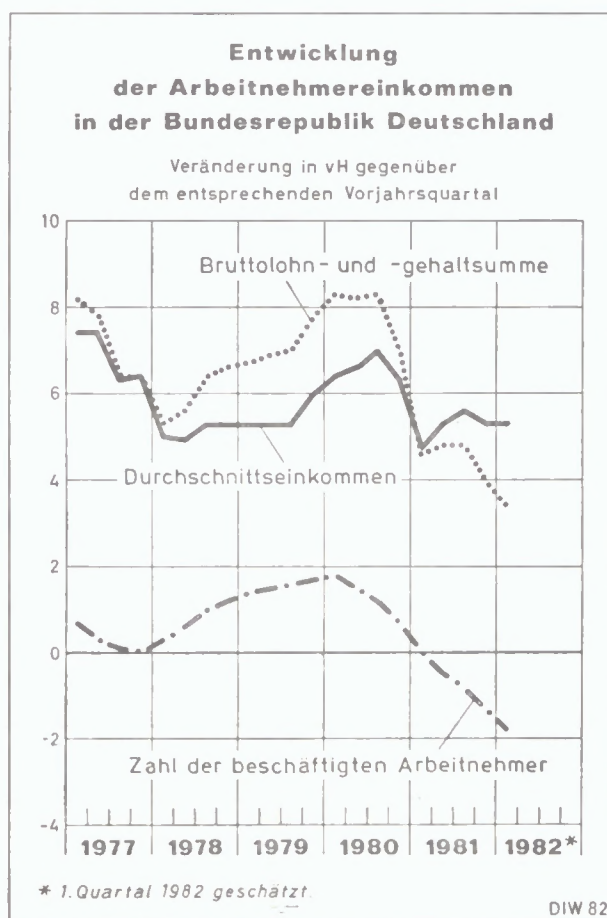
Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Verlauf des Jahres 1981 von Quartal zu Quartal zunehmend erhöht. Saisonbereinigt stieg sie allein von Ende September bis Ende Dezember 1981 um mehr als 240 000. Die Zunahme seit Mitte des Jahres (385 000) war mehr als doppelt so hoch wie in der ersten Jahreshälfte; Ende Dezember 1981 waren 585 000 Arbeitslose mehr registriert als vor einem Jahr. Mit 1,7 Mill. war die Zahl der Arbeitslosen weit größer als die der offenen Stellen (eine offene Stelle auf 14 Arbeitslose), die mit 118 000 einen erneuten Tiefstand erreicht hat.

Nach einer Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit<sup>1</sup> war im September 1981 nur noch für 20 000 Arbeitslose mit abgeschlossener Berufsausbildung oder mit beruflicher Qualifikation in ihren spezifischen Berufsordnungen ein Stellenüberhang — mehr offene Stellen als Arbeitslose — gemeldet, nachdem die entsprechende Zahl im September 1980 noch 116 000 betragen hatte. In diesem Zusammenhang muß auch die hohe Zahl von Arbeitnehmern (300 000) gesehen werden, die im Verlauf des Jahres 1981 durch den Konkurs von Unternehmen oder durch Betriebsstillegungen arbeitslos geworden sind, Vorgänge, bei denen naturgemäß auch viele Facharbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Von Ende September bis Ende Dezember hat auch die Zahl der registrierten Kurzarbeiter beträchtlich, auf fast das Doppelte, zugenommen (506 000). Sie übertraf damit den Vorjahresstand um rund 150 000 und erreichte einen seit dem Frühjahr 1976 nicht mehr beobachteten Höchststand. Insgesamt war Ende Dezember 1981 jeder neunte Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit und Arbeitseinschränkung betroffen, sofern man die durch Unkündbarkeit gesicherten Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst außer acht läßt. Von dem Risiko der Arbeitslosigkeit sind 4 Millionen Beschäftigte (insbesondere Beamte und ältere Angestellte) in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Betrieben weitgehend geschützt.

Auf die strukturellen Folgen der weiter abnehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften weisen ebenfalls die Ergebnisse der Strukturhebung der Bundesanstalt für Arbeit vom September hin<sup>2</sup>. Bei einem durchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosig-

keit von 53 vH nahm die Zahl der arbeitslosen Facharbeiter binnen Jahresfrist um 67 vH zu; ebenso stark war der Anstieg bei den jugendlichen Arbeitslosen (unter 20 Jahre) und den jüngeren Arbeitnehmern (bis 25 Jahre). In der Gruppe der Jugendlichen hat die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Ausländer um 115 vH zugenommen; die der arbeitslosen männlichen Jugendlichen hat sich dabei nahezu verdoppelt, während die der weiblichen um die Hälfte gestiegen ist. Weit überdurchschnittlich erhöhte sich auch die Arbeitslosigkeit der Ausländer insgesamt (um 79 vH) und die der Arbeitslosen ohne bisherige Erwerbstätigkeit (um 77 vH).



<sup>1</sup> Vgl. Strukturanalyse der Bestände an Arbeitslosen und an offenen Stellen. Ergebnisse der Erhebung von Ende September 1981. In: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 3/1982, S. 253 ff.

<sup>2</sup> A.a.O.

Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer<sup>1)</sup> in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2)</sup> im 4. Quartal 1981

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegen- über Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1 000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	188	131	24	33	84	64	7	13	272	0,0	-1,2	-0,4
Bergbau	230	174	39	17	7	2	5	0	237	1,3	.	1,3
Energiwirtschaft	197	126	64	7	24	6	18	0	221	0,0	0,0	0,0
Verarbeitendes Gewerbe 3)	5 903	3 895	1 503	905	2 568	1 610	778	180	8 471	-2,9	-2,7	-2,8
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	1 260	877	329	54	293	133	140	20	1 553	-3,4	-1,7	-3,1
Investitionsgüter	3 175	2 011	852	312	1 068	635	371	62	4 243	-2,2	-1,3	-1,9
Verbrauchsgüter	996	707	214	75	863	664	149	50	1 859	-5,2	-5,4	-5,3
Nahrungs- u. Genußmittel	472	300	108	64	344	178	118	48	816	-1,3	-0,6	-1,0
Baugewerbe	1 384	1 071	141	172	109	13	85	11	1 493	-4,9	0,0	-4,5
Produzierendes Gewerbe	7 714	5 266	1 747	701	2 708	1 631	886	191	10 422	-3,1	-2,5	-2,9
Handel	1 282	456	636	190	1 480	209	1 023	248	2 762	-0,6	0,1	-0,2
Verkehr 4)	1 162	514	591	57	262	85	164	13	1 424	0,3	0,8	0,4
Handel und Verkehr	2 444	970	1 227	247	1 742	294	1 187	261	4 186	-0,2	0,2	0,0
Öffentlicher Dienst 5)	2 427	392	1 988	47	1 281	228	1 002	51	3 708	0,1	0,5	0,3
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	422	13	357	52	389	28	318	43	811	0,7	0,8	0,7
Gaststättenwesen	147	76	47	24	269	144	113	12	416	-1,3	0,0	-0,5
Häusliche Dienste	1	-	1	-	244	156	77	11	245	.	-0,4	-0,4
Dienstleistungshandwerk 6)	97	64	15	18	450	264	109	77	547	2,1	1,4	1,5
Sonstige Dienstleistungen 7)	414	89	283	42	893	185	618	90	1 307	0,7	0,8	0,8
Dienstleistungen, gesamt	3 508	634	2 691	183	3 526	1 005	2 237	284	7 034	0,3	0,6	0,4
<b>Insgesamt</b>	<b>13 854</b>	<b>7 001</b>	<b>5 689</b>	<b>1 164</b>	<b>8 060</b>	<b>2 994</b>	<b>4 317</b>	<b>749</b>	<b>21 914</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,6</b>	<b>-1,3</b>
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) 8) 9)												
Land- und Forstwirtschaft	1 098	778	268	52	360	291	49	20	1 458	5,2	5,0	5,1
Bergbau	2 683	1 942	694	47	73	16	57	0	2 756	6,3	.	6,2
Energiwirtschaft	2 152	1 293	844	15	223	41	182	0	2 375	5,7	6,2	5,7
Verarbeitendes Gewerbe 3)	61 166	36 892	23 372	902	17 553	9 960	7 284	309	78 719	3,3	3,9	3,4
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	14 648	8 770	5 774	104	2 445	907	1 500	38	17 093	2,6	4,7	2,9
Investitionsgüter	33 163	19 560	13 052	551	7 935	4 251	3 581	103	41 098	4,2	5,3	4,4
Verbrauchsgüter	9 003	5 864	3 001	138	5 235	3 806	1 341	88	14 238	0,4	0,6	0,5
Nahrungs- u. Genußmittel	4 352	2 698	1 545	109	1 938	996	862	80	6 290	5,7	6,8	6,1
Baugewerbe	11 820	9 406	2 065	349	801	89	690	22	12 621	-0,8	5,1	-0,4
Produzierendes Gewerbe	77 821	49 533	26 975	1 313	18 650	10 106	8 213	331	96 471	2,8	4,0	3,0
Handel	10 153	3 257	6 586	310	8 136	1 128	6 609	399	18 289	4,1	5,4	4,7
Verkehr 4)	11 326	4 658	6 556	112	2 069	519	1 525	25	13 395	5,1	5,6	5,2
Handel und Verkehr	21 479	7 915	13 142	422	10 205	1 647	8 134	424	31 684	4,6	5,4	4,9
Öffentlicher Dienst 5)	30 739	3 806	26 847	106	13 007	1 498	11 395	114	43 766	4,3	4,7	4,4
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	4 391	106	4 159	126	3 024	174	2 747	103	7 415	6,2	6,4	6,3
Gaststättenwesen	1 029	525	467	37	1 335	661	656	18	2 364	3,3	4,9	4,2
Häusliche Dienste	8	-	8	-	1 081	645	421	15	1 089	.	4,5	4,6
Dienstleistungshandwerk 6)	563	386	149	28	1 976	1 172	688	116	2 539	6,2	6,4	6,4
Sonstige Dienstleistungen 7)	3 611	643	2 895	73	4 901	933	3 818	150	8 512	5,4	5,8	5,6
Dienstleistungen, gesamt	40 361	5 466	34 525	370	25 324	5 083	19 725	516	65 685	4,6	5,2	4,8
<b>Insgesamt</b>	<b>140 759</b>	<b>63 692</b>	<b>74 910</b>	<b>2 157</b>	<b>54 539</b>	<b>17 127</b>	<b>36 121</b>	<b>1 291</b>	<b>195 298</b>	<b>3,6</b>	<b>4,8</b>	<b>4,0</b>
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	1 947	1 980	3 722	525	1 429	1 516	2 333	513	1 787	5,2	6,2	5,5
Bergbau	3 888	3 720	5 932	922	3 476	2 667	3 800	.	3 876	4,9	.	4,9
Energiwirtschaft	3 641	3 421	4 396	714	3 097	2 278	3 370	.	3 582	5,7	6,2	5,7
Verarbeitendes Gewerbe 3)	3 454	3 157	5 183	395	2 278	2 062	3 121	572	3 098	6,4	6,7	6,4
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	3 875	3 333	5 850	642	2 782	2 273	3 571	633	3 669	6,1	6,5	6,1
Investitionsgüter	3 482	3 242	5 106	589	2 477	2 231	3 217	554	3 229	6,4	6,7	6,4
Verbrauchsgüter	3 013	2 765	4 674	613	2 022	1 911	3 000	587	2 553	6,0	6,3	6,1
Nahrungs- u. Genußmittel	3 073	2 998	4 769	568	1 878	1 865	2 435	556	2 569	7,1	7,4	7,1
Baugewerbe	2 847	2 927	4 882	676	2 430	2 282	2 706	667	2 818	4,3	5,1	4,3
Produzierendes Gewerbe	3 363	3 135	5 147	624	2 296	2 065	3 090	578	3 085	6,1	6,7	6,1
Handel	2 640	2 381	3 452	344	1 832	1 799	2 153	536	2 207	4,8	5,3	4,9
Verkehr 4)	3 249	3 021	3 698	655	2 632	2 035	3 100	641	3 136	4,8	4,8	4,8
Handel und Verkehr	2 929	2 720	3 570	570	1 953	1 867	2 284	542	2 523	4,8	5,2	4,9
Öffentlicher Dienst 5)	4 225	3 236	4 502	752	3 385	2 190	3 791	745	3 934	4,1	4,1	4,1
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	3 468	2 718	3 883	808	2 591	2 071	2 879	798	3 048	5,4	5,5	5,5
Gaststättenwesen	2 333	2 303	3 312	514	1 654	1 590	1 935	500	1 894	4,7	4,9	4,7
Häusliche Dienste	2 667	-	2 667	-	1 477	1 378	1 823	455	1 482	.	5,0	5,0
Dienstleistungshandwerk 6)	1 935	2 010	3 311	519	1 464	1 480	2 104	502	1 547	4,0	5,0	4,8
Sonstige Dienstleistungen 7)	2 907	2 408	3 410	579	1 829	1 681	2 059	556	2 171	4,7	4,9	4,8
Dienstleistungen, gesamt	3 835	2 874	4 277	674	2 394	1 686	2 939	606	3 113	4,3	4,6	4,4
<b>Insgesamt</b>	<b>3 387</b>	<b>3 033</b>	<b>4 389</b>	<b>618</b>	<b>2 256</b>	<b>1 907</b>	<b>2 789</b>	<b>575</b>	<b>2 971</b>	<b>5,4</b>	<b>5,4</b>	<b>5,3</b>

1) Einschl. Heimarbeiter. - 2) Einschl. Berlin (West). - 3) Einschl. produzierendes Handwerk und sonst. Kleingewerbe. - 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost. - 5) Einschl. Soldaten. - 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. - 7) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe. - 8) Abweichungen der Bruttolohn- und -gehaltsumme von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung. - 9) Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monatslohn, Weihnachtsgeld, Gratifikationen u. ä.).

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl<sup>1)</sup>

In 1 000 Personen

	1979				1980				1981			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Land- u. Forstwirtschaft	261	262	262	263	263	264	264	265	264	265	264	264
Produzierendes Gewerbe	10 537	10 579	10 621	10 674	10 732	10 747	10 733	10 685	10 618	10 550	10 481	10 374
dar.: Verarb. Gewerbe	8 597	8 619	8 646	8 685	8 727	8 745	8 730	8 684	8 630	8 573	8 517	8 441
Baugewerbe	1 492	1 511	1 526	1 538	1 557	1 554	1 550	1 547	1 533	1 521	1 509	1 476
Handel und Verkehr	4 103	4 113	4 126	4 136	4 149	4 158	4 164	4 175	4 179	4 183	4 181	4 175
Dienstleistungen	6 799	6 843	6 883	6 913	6 939	6 965	6 987	7 006	7 016	7 027	7 032	7 036
Beschäftigte, gesamt	21 701	21 797	21 892	21 986	22 084	22 133	22 148	22 130	22 078	22 025	21 958	21 849

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

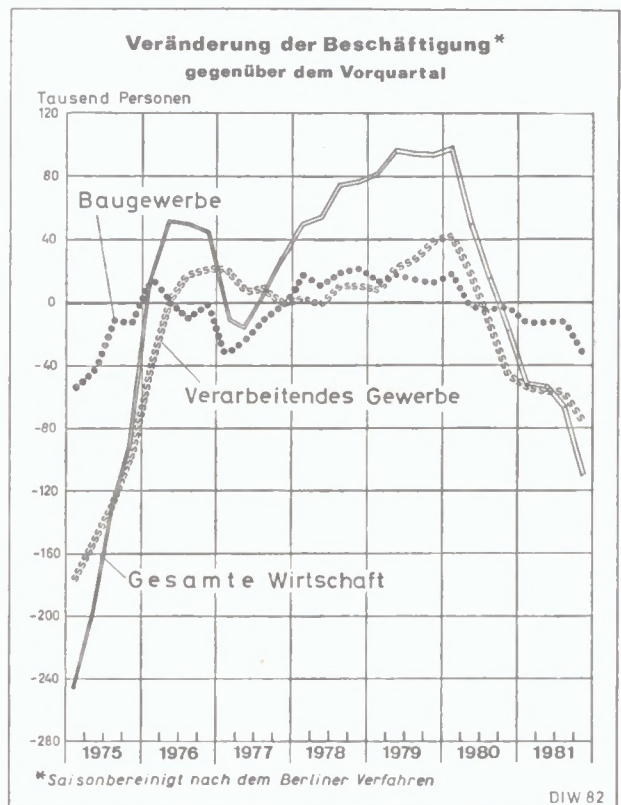
Ein regionaler Vergleich der Arbeitsmarktlage im Herbst 1981 mit der vorangegangenen Rezession (September 1975) und mit dem Vorjahr läßt gravierende Unterschiede erkennen. Im Bundesdurchschnitt hat sich die Arbeitslosenquote seit 1975 von 4,4 auf 5,4 vH erhöht. Dabei wird ein deutliches Nord/Süd-Gefälle sichtbar. Überdurchschnittlich hat die Arbeitslosenquote im Landesarbeitsamts-Bezirk Berlin (um 2,6 vH-Punkte), aber auch in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen/Bremen und Schleswig-Holstein/Hamburg (jeweils um 1,7 bis 1,9 vH-Punkte) zugenommen; unterdurchschnittlich war der Anstieg in Rheinland-Pfalz/Saar und Nordbayern. In Hessen blieb die Quote konstant, in Südbayern und Baden-Württemberg war sie sogar leicht rückläufig. Auch der im Jahresvergleich 1981/80 in allen Regionen zu verzeichnende Anstieg der Arbeitslosigkeit (insgesamt von 3,5 auf 5,4 vH) entsprach dieser Rangordnung. Lediglich der Landesarbeitsamts-Bezirk Nordbayern weist in der kürzerfristigen Betrachtung nun einen leicht überdurchschnittlichen Anstieg auf.

**Beschäftigung**

Der Rückgang der Beschäftigung hat sich im vierten Quartal 1981 deutlich verstärkt und war nahezu doppelt so hoch wie im Durchschnitt der drei vorangegangenen Quartale. Saisonbereinigt war die Beschäftigtenzahl um 110 000 niedriger als im Vorquartal. Der Vorjahresstand wurde um 285 000 bzw. um 1,3 vH unterschritten. Das Angebot an Ausbildungsplätzen, das trotz insgesamt schwacher Nachfrage nach Arbeitskräften im Jahr 1980 und in der ersten Jahreshälfte 1981 noch kräftig expandiert hatte, hat im Berichtsquartal bei weiter gestiegener Zahl von Schulentlassenen nur noch geringfügig (um 1,7 vH, erstes Quartal 1981: 4,2 vH) zugenom-

men. Die Diskrepanz zwischen angebotenen und gesuchten Lehrplätzen hat sich damit wieder vergrößert.

Auch im vierten Quartal 1981 war der Beschäftigungsrückgang im produzierenden Gewerbe am stärksten. Lediglich im Bergbau hat die Beschäftigung saisonbereinigt noch geringfügig zugenommen. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (- 13 000) hat sich die Abnahme leicht, in den ande-



Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen<sup>1)</sup> und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen<sup>2)</sup>

	1978		1979				1980				1981			
	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit														
Arbeiter														
effektiv	5,6	5,7	5,1	5,7	6,5	8,4	9,2	7,1	7,6	5,4	2,6	5,5	5,3	5,6
tariflich 3)	5,5	5,4	6,0	5,8	5,1	5,1	4,2	6,6	7,5	7,5	7,3	6,0	4,9	4,8
Angestellte														
effektiv	6,0	5,9	6,4	5,6	5,6	6,1	5,8	7,5	7,6	7,4	6,2	5,8	6,1	5,5
tariflich 3)	5,0	5,0	5,4	5,2	4,6	4,5	3,8	6,1	6,8	6,8	6,8	4,1	4,8	4,9
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate														
Arbeiter	+0,1	+0,3	-0,9	-0,1	+1,4	+3,3	+5,0	+0,5	+0,1	-2,1	-4,7	-0,5	+0,4	+0,8
Angestellte	+1,0	+0,9	+1,0	+0,4	+1,0	+1,6	+2,0	+1,4	+0,8	+0,6	-0,6	+1,7	+1,3	+0,6
1) Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. - 2) Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst, bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen. - 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres.														

ren Hauptbereichen, wie dem Investitionsgütergewerbe (- 26 000), Verbrauchsgütergewerbe (- 31 000) und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (- 5 000) deutlich verstärkt.

Mit Ausnahme des Straßenfahrzeugbaus (saisonbereinigt + 2 000) waren die Beschäftigtenzahlen in allen anderen Branchen des verarbeitenden Gewerbes saisonbereinigt beschleunigt rückläufig. Überdurchschnittlich war der Rückgang abermals in der Elektroindustrie (12 000), im Textil- (7 000) und im Bekleidungs-gewerbe (5 000), der Gewinnung von Steinen und Erden (5 000), dem EBM-Gewerbe (4 000) sowie schließlich der Holzverarbeitung (4 000). Unter den größeren Zweigen konnte der Beschäftigtenstand im Stahlbau, im Maschinenbau, in der Chemie und im Ernährungsgewerbe nahezu aufrechterhalten werden.

Der im größten Teil des Jahres noch relativ günstigen Beschäftigtenentwicklung in der Bauwirtschaft ist im vierten Quartal ein umso kräftigerer Rückgang gefolgt. Saisonbereinigt war die Beschäftigtenzahl um 33 000 geringer als im Vorquartal; der Vorjahrsstand wurde um 4,5 vH unterschritten. Die neuesten Daten der Beschäftigtenentwicklung im Bauhauptgewerbe vom Januar 1982, die den Rückgang im Vorjahrsvergleich auf 8 vH beziffern, bestätigen, daß der Krisenherd Bauwirtschaft noch längere Zeit die härtesten Probleme am Arbeitsmarkt aufwerfen wird.

Im Handel, der bisher von Entlassungen weitgehend verschont geblieben war, führt die schwache Nachfrage nun auch zu einem abnehmenden Personalbestand. Nach einem leichten Rückgang im Vorquartal belief sich die saisonbereinigte Abnahme im Berichtsquartal immerhin schon auf 7 000.

Im Verkehrsbereich stagnierte die Beschäftigung wie schon im Vorquartal, wobei einem leichten Rückgang bei der Bundesbahn und dem gewerblichen Güterfernverkehr eine Zunahme bei Bundespost und sonstigem Verkehr gegenüberstand.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Dienstleistungsbereichen hat weiter an kompensierender Wirkung verloren. Dies gilt insbesondere für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst, die im Berichtsquartal erstmals stagniert hat. Die Bemühungen um die Konsolidierung der Haushalte werden jetzt deutlich in der Einstellungspolitik sichtbar.

In der Gesamtwirtschaft ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Vorjahrsvergleich um 3,0 vH gesunken, während die der Angestellten und Beamten, die bisher stets noch zugenommen hatte, erstmals stagnierte. Dagegen hat die Zahl der Lohnempfänger in der Bauwirtschaft um 6,2 vH, im verarbeitenden Gewerbe um 4,2 vH (im Verbrauchsgütergewerbe sogar um 6,5 vH) abgenommen, im tertiären Bereich hat sie lediglich stagniert. Eine größere sektorale Differenzierung ist auch bei Gehaltsempfängern zu beobachten, deren Zahl im produzierenden Gewerbe um 0,8 vH, im Bereich Handel und Verkehr um 0,2 vH zurückgegangen ist und im Dienstleistungsbereich noch geringfügig, wenn auch weniger als je zuvor (um 0,4 vH), zugenommen hat.

#### Durchschnittseinkommen

Die Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer sind im Berichtsquartal mit 5,3 vH etwas schwächer als im Vorquartal gestiegen. Konjunkturell hat sich die Expansion im Jahresverlauf kaum abgeschwächt; Auswirkungen der weiteren Abnahme der Nachfrage nach Arbeitskräften auf das durchschnittliche Ein-

**Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden**

Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1980				1981			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Verarb.Gew. 1)	+0,1	-2,7	-1,2	-2,4	-4,4	-1,6	-0,8	+0,2
Bauhauptgew.	+25,4	-5,2	-2,4	-10,2	-16,5	-0,2	-0,1	-2,7

1) Einschl. Bergbau. Nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

kommensniveau sind im vierten Quartal 1981 im größeren Umfang nicht zu beobachten gewesen. Die Lohndrift war wie im Vorquartal leicht positiv; der tatsächliche Lohntrend ist jedoch weitgehend von den in der ersten Jahreshälfte abgeschlossenen Tarifvereinbarungen bestimmt worden.

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter im vierten Quartal ist stets durch Sonderzahlungen, seien es Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen oder die Zahlung eines 13. Monatsgehaltes, beeinflußt. So betrug das durchschnittliche Einkommen je beschäftigten Arbeitnehmer im dritten Quartal 1981 rund 2 645 DM, im vierten Quartal jedoch 2 970 DM. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Sonderzahlungen nicht an Bedeutung verloren. Zu berücksichtigen ist bei einer sektoralen Analyse, daß sich Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst im wesentlichen auf das 13. Monatsgehalt konzentrieren; bei einem Einkommensvergleich mit anderen Bereichen müßte dieser Mehrbetrag des vierten Quartals gleichmäßiger auf das ganze Jahr verteilt werden.

Die Zunahme der Durchschnittseinkommen je Beschäftigten streute recht deutlich um den gesamtwirtschaftlichen Mittelwert (5,3 vH). Bemerkenswerterweise war die im Jahresvergleich registrierte Zuwachsrate im verarbeitenden Gewerbe (6,4 vH) höher als im Handel und Verkehr (4,9 vH) und erst recht als im Dienstleistungsbereich (4,4 vH), in dem das niedrige Ergebnis des öffentlichen Dienstes die

Gesamtrendenz prägte. Es überrascht dagegen kaum, daß auch in der Bauwirtschaft bei rückläufiger geleisteter Arbeitszeit die Zunahme der Individualeinkommen (4,3 vH) unter dem Durchschnitt blieb.

**Ausblick**

Im ersten Viertel dieses Jahres hat sich die ungünstige Entwicklung am Arbeitsmarkt verstärkt. In der Saisonspitze (Januar) erreichte die Zahl der Arbeitslosen 1 950 Mill., bis Ende März ist sie bei schwachen saisonalen Auftriebskräften lediglich auf 1 811 Mill. gesunken. Abermals wurde damit der Vorjahresstand um die Hälfte übertroffen. Der Rückgang der Beschäftigung hat sich gegenüber dem Vorquartal außerordentlich beschleunigt (saisonbereinigt von 110 000 auf mindestens 150 000). Im ersten Quartal 1982 wurde damit der Vorjahresstand um fast 2 vH unterschritten.

Der Tarifabschluß für die metallverarbeitende Industrie (4,2 vH) ist weitgehend richtungweisend für die Lohnrunde 1982; in einigen Bereichen, beispielsweise in der Bauwirtschaft und im öffentlichen Dienst, in denen die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, zeichnet sich jedoch eine noch niedrigere Anhebung der Tarife ab. Dies alles deutet auf eine abermalige Verlangsamung der Lohnexpansion in diesem Jahr hin. Noch mehr gilt dies für die Bruttolohn- und -gehaltsumme, denn im weiteren Jahresverlauf 1982 wird sich die Lage am Arbeitsmarkt noch verschärfen, auch wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion in der zweiten Jahreshälfte wieder leicht steigen sollte. Es werden dann nämlich die zur Zeit großen Produktivitätsreserven genutzt werden. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um mehr als 400 000 unter der des Jahres 1981 liegen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt auf über 1,8 Mill. steigen. Hoffnungen auf Wirkungen des Beschäftigungsprogramms der Bundesregierung

**Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen**

Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1979	1980	1981	1979	1980				1981				1982
				IV	I	II	III	VI	I	II	III	IV	I <sup>1)</sup>
Beschäftigung	1,5	1,3	-0,7	1,7	1,8	1,5	1,2	0,7	-0,0	-0,5	-0,8	-1,3	-2
Bruttolöhne und -gehälter	7,2	7,9	4,5	7,8	8,3	8,2	8,3	7,0	4,6	4,8	4,8	4,0	3,5
Durchschnittseinkommen	5,5	6,5	5,2	6,0	6,4	6,6	7,0	6,3	4,7	5,3	5,6	5,3	5,5

1) Schätzung, gerundet.

noch in diesem Jahr sind kaum angebracht. Abgesehen davon, daß die Finanzierung weiterhin ungeklärt ist und deshalb die Unternehmen eher mit Zurückhaltung reagieren, führt die einseitige Ausrichtung auf die Investitionszulage zu erheblichen Wirkungsverzögerungen. Mit Maßnahmen, wie sie das DIW<sup>3</sup> vorgeschlagen hat, z. B. ein neues

Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP II) und die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsmöglichkeiten wäre der beängstigenden Entwicklung am Arbeitsmarkt sicherlich effektiver begegnet worden.

<sup>3</sup> Vgl. Maßnahmen gegen weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit dringend erforderlich. Bearb.: Gerhard Göseke. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 2/1982.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 8 29 11 — Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,  
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Sinkende Schülerzahlen geben Raum für qualitative Verbesserungen.* Bearbeitet von Wolfgang Jeschek. —  
*Beschäftigung geht verstärkt zurück.* Bearbeitet von Gerhard Göseke.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 38.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.  
Zuzüglich Versandkosten.